

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Januar 2020

Nr. 1 · 16. Jahrgang

Landtagsfraktion wählte neuen Vorstand

DIE LINKE im Landtag hat turnusgemäß einen neuen Vorstand für das Jahr 2020 gewählt. Anwesend waren alle 10 Abgeordneten. Fraktionsvorsitzende bleiben Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter; beide erhielten je 90 Prozent der Stimmen. Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde Marlen Block mit 100 Prozent gewählt. Thomas Domres wurde mit 70 Prozent der Stimmen als Parlamentarischer Geschäftsführer bestätigt. Dannenberg und Walter sagten: „Wir werden eine kritische und konstruktive Opposition sein. Hart in der Diskussion, fair im Umgang und solide für die Interessen der BrandenburgerInnen.“
Fotos: dielinke.de/Andreas Klaer



Wir sind die Partei der Zukunft!

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Potsdamerinnen und Potsdamer!



Wir wünschen Euch allen ein gesundes, frohes Jahr 2020! Mit viel Kraft und Ideen, die wir brauchen um weiterhin für unsere sozialen Gerechtigkeit und internationalen Frieden zu kämpfen. Jetzt sind sie da: die zwanziger Jahre. Vor 100 Jahren wurden sie die goldenen Zwanziger genannt, aufgrund der blühenden und schillernden Kunst- und Kulturszene. „Golden“ waren diese Jahre jedoch nur für einen relativ kleinen Kreis und nur in der Mitte der Zwanzigerjahre der Weimarer Republik. Wir LINKE haben aber auch noch einen ganz anderen Blick auf diese Zeit. In der Folge der Novemberrevolution kam es am 13. Januar 1920 zu der blutigsten Demonstration in der deutschen Geschichte. Freikorps

Damit fand der von der SPD-gestellten Regierung zumindest tolerierte Terror der Freikorps, dem bereits 1919 Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, aber auch tausende namenlose Arbeiterinnen und Arbeiter zum Opfer fielen, seine Fortsetzung. In den Jahren danach durchlebte Deutschland die größten Krisen seiner Geschichte. Und heute, 100 Jahre später, sehen wir, dass sich Rechte wieder auf die Machtübernahme und die Zerstörung des demokratischen Staates vorbereiten.

Liebe Genossinnen und Genossen, in diesen Zeiten müssen wir alle Kräfte darauf konzentrieren, dass Faschisten nie wieder die Macht in Deutschland übernehmen. Dazu müssen wir mit allen fortschrittlichen und demokrati-

schen Kräften in Potsdam und in unserem Land zusammenarbeiten. Die zweite, ebenso große Herausforderung in diesem gerade beginnenden Jahrzehnt ist die Bewältigung der Klimakrise. Wir müssen Seite an Seite mit unseren Kindern oder Enkeln dafür sorgen, dass die Politik endlich die Rahmenbedingungen dafür schafft, dass wir vielleicht noch mit einem blauen Auge aus dieser von uns Menschen verursachten existenziellen Bedrohung unserer Erde herauskommen.

Der Kreisvorstand der Potsdamer LINKEN hat sich strategische Ziele für die beginnende Amtszeit gegeben. Diese arbeiten wir zurzeit aus und wollen sie mit euch bei der nächsten Mitgliederversammlung diskutieren. Daraus werden wir Aktionen ableiten und regelmäßig unsere Erfolge kontrollieren.

Liebe Genossinnen und Genossen, Potsdam, Brandenburg, Deutschland und die Welt brauchen linke Politik. Wir sind die Partei der Zukunft! Lasst es uns gemeinsam anpacken!

MIT ZUVERSICHTLICHEN GRÜSSEN
EURE MARTINA TRAUTH UND ROLAND GEHRMANN - KREISVORSITZENDE

tionären Sozialisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg findet regelmäßig um das Datum ihres Todestages, am zweiten Januarwochenende, in Berlin statt.
Die Demonstration verläuft am 12. Januar 2020 ab 10.00 Uhr (Treffpunkt

ab 09.00 Uhr) vom U-Bahnhof Frankfurter Tor zur „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Berlin-Friedrichsfelde.

Die Liebknecht-Luxemburg-Ehrungen in Potsdam werden am Mittwoch, 15. Januar, um 17.00 Uhr vor dem Haus

In dieser Ausgabe

LINKS kommentiert

2 Im Blickpunkt: 15 Jahre HARTZ IV

LINKS im Land

3 Berichterstattung von der 3. Tagung des 6. Landesparteitages/Horst Jäkel mit GBM-Menschenrechtspreis geehrt

LINKE Kalenderblätter

4 Zum Holocaustgedenktag / Kalenderblätter im Januar

LINKS IM RATHAUS

5 Garnisonkirche/Kreativquartier/Potsdam Museum/Verkehrslage in Krampnitz

LINKS DIREKT

6 Fahne vor dem Bisky-Haus/LAG Unternehmer*innen tagten/Spendenaufruf Seenotrettung/Besuch bei Norbert Müller im Reichstag/Neue Stolpersteine verlegt/Die Hohenzollern

DIE LETZTE SEITE

8 Was wir in 2020 feiern/Das „Archiv“ braucht Unterstützung/Zur „Respektrente“/Das Filmmuseum im Januar/Tipps&Termine

Luxemburg-Liebknecht-Ehrung im Januar 2020

Die jährliche Liebknecht-Luxemburg-Demonstration zum Gedenken an die am 15. Januar 1919 ermordeten revolu-

tionären Sozialisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg findet regelmäßig um das Datum ihres Todestages, am zweiten Januarwochenende, in Berlin statt.

Die Demonstration verläuft am 12. Januar 2020 ab 10.00 Uhr (Treffpunkt

ab 09.00 Uhr) vom U-Bahnhof Frankfurter Tor zur „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Berlin-Friedrichsfelde.

Die Liebknecht-Luxemburg-Ehrungen in Potsdam werden am Mittwoch, 15. Januar, um 17.00 Uhr vor dem Haus

Hegelallee 38, dem ehemaligen SPD-Vereinslokal, sowie am Sonntag, 19. Januar 2019, ab 11.00 Uhr am Denkmal „Flamme der Revolution“ hinter dem Hotel „Mercure“ stattfinden.

Informationen der Redaktion

Die Februarausgabe von „Potsdams andere Seiten“ erscheint am 4. Februar 2020. Redaktionsschluss für diese Ausgabe ist am 23. Januar 2020.

Die Redaktion

Für eine Zukunft frei von Hartz IV und Armut



EINE KRITISCHE BILANZ NACH 15 JAHREN HARTZ IV/VON KATJA KIPPING

Am 1. Januar 2020 sind die Hartz-IV-Gesetze 15 Jahre in Kraft. Ich nehme das zum Anlass für eine kritische Bilanz, einen Blick nach vorn und einen Dank.

Armut per Gesetz

Unsere Partei hat seit seiner Erfindung Hartz IV kritisiert. Was mussten wir uns anhören, als wir plakatierten: Hartz IV ist Armut per Gesetz. Doch wir können das mit offiziellen Zahlen untermauern. Die Armutslücke, also die Differenz zwischen der durchschnittlichen Hartz-IV-Leistung und der Armutsgrenze beträgt inzwischen über 390 Euro im Monat. Das heißt, ein Alleinstehender in Hartz IV, der keine weiteren Einkommen hat, lebt rund 390 Euro unter der Armutsgrenze.

Unterm Damoklesschwert Sanktionen

Mehr als jeder dritte Widerspruch gegen

Sanktionen bekommt ganz oder teilweise Recht. Das heißt, im Alltag werden Sanktionen vorgenommen, die selbst nach den harten Gesetzen keinen Bestand haben. Menschen wird also unrechtmäßig das Existenzminimum gekürzt. Menschen, die in der Regel kein finanzielles Polster haben. Auch Kinder sind indirekt davon betroffen: 2018 lebten rund 33 Prozent der Sanktionierten mit Kindern zusammen. Sanktionen gefährden also auch das Kindeswohl.

Karlsruhe schiebt Riegel vor bisherige Sanktionspraxis

Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt: Es gibt ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum: "Insbesondere die Menschenwürde ist ohne Rücksicht auf Eigenschaften & sozialen Status wie auch ohne Rücksicht auf Leistung garantiert; sie muss nicht erarbeitet werden, sondern steht jedem Menschen aus sich heraus zu."

Das Gericht hat einen Riegel vor die bisherige Sanktionspraxis geschoben. Nun müssen wir den politischen Kampf um die Neuregelung führen. DIE LINKE wird sich dabei für Sanktionsfreiheit einsetzen. Was mich besonders froh stimmt: Der Widerstand gegen die Sanktionen ist in den letzten Jahren immer mehr gewachsen. Wir werden immer mehr.

Arbeitsvermittlung mit Drehtüreffekt

Übrigens stellt die Regierung für die Arbeitsvermittlung von Hartz-IV-Betroffenen pro Kopf nur ein Fünftel der Summe zur Verfügung, die in der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung steht. Kein Wunder, wenn dann jede 2. Arbeits-

aufnahme nicht aus dem Hartz-IV-Bezug herausführt und mehr als jede 3. Arbeitsaufnahme kürzer als 6 Monate dauert. Hartz IV – das bedeutet eben auch Arbeitsvermittlung mit Drehtüreffekt. Kaum ist man raus, ist man schon wieder drin.

Angriff auf Arbeitsstandards

Im Zuge von Hartz IV hat die Bereitschaft zugenommen, schlechte Jobs anzunehmen. Hartz IV – das ist also auch ein Angriff auf Arbeitsstandards und Löhne. Umso absurder ist es, wenn die Hartz-IV-Fraktionen den Eindruck erwecken, niedrige Regelsätze seien im Interesse der hart arbeitenden Menschen. Natürlich die Beschäftigten verdienen mehr. Deshalb unterstützen wir ja ihre Kämpfe um höhere Löhne. Was jedoch hat z.B. die Pflegekraft davon, wenn es den Hartz-IV-Betroffenen weiterhin schlecht geht? Kann sie davon ihren Kindern auch nur ein Paar Schuhe mehr kaufen? Nein.

Blick nach vorn

15 Jahre Hartz IV – ist auch ein Anlass nach vorne zu schauen. Es ist höchste Zeit, Hartz IV zu überwinden durch gute Arbeit, die zum Leben passt, eine verbesserte Arbeitslosenversicherung, eine eigenständige Kindergrundsicherung sowie eine sanktionsfreie Mindestsicherung. Freiheit von Armut für alle ist möglich!

Wo Solidarität praktisch wird

An dieser Stelle möchte ich einmal danke sagen: Mein ganzer Respekt gilt den vielen Initiativen, die weiter beharrlich gegen Hartz IV kämpfen, die unabhängige Beratung leisten und die deutlich machen: Keiner muss allein zum Amt. Sie leisten tagtäglich praktische Solidarität. Ihr Einsatz ist eine wahre Leistung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Lasst uns gemeinsam weiterkämpfen! Und zwar solange, bis Hartz IV und Armut in die Geschichtsbücher verdammt sind. Für eine Zukunft ohne Hartz IV und frei von Armut.

Keine Trickereien mit Hartz IV – Sanktionen abschaffen!

Laut Presseberichten arbeitet die Bundesagentur für Arbeit (BA) derzeit an einer Weisung, die Hartz-IV-Kürzungen von mehr als 30 Prozent auch weiterhin ermöglichen soll – Einzelsanktionen von bis zu 30 Prozent sollen künftig addiert werden können. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, SEBASTIAN WALTER, kritisiert: „Das ist wirklich ein starkes Stück! Vor gerade mal drei Wochen hat das Bundesverfassungsgericht Sanktionen von über 30 Prozent für verfassungswidrig erklärt, weil sie gegen die Men-

schwürde verstoßen. Statt aus diesem Urteil den einzig richtigen Schluss zu ziehen und die Sanktionen als Ganzes infrage zu stellen, geht die BA den umgekehrten Weg: Durch Trickereien versucht sie, eine verbotene, entwürdigende Praxis aufrecht zu erhalten. Diese eiskalte, bürokratische Reaktion auf ein wegweisendes Urteil zeigt einmal mehr, dass DIE LINKE mit ihrer Kritik am Hartz-System recht hat: Hartz IV muss weg; die Sanktionen gehören grundsätzlich abgeschafft.

Die Landesregierung fordern wir auf, im Bund gegen das Vorgehen der BA Einspruch zu erheben. Die neue Sozialministerin Ursula Nonnemacher muss zeigen, dass sie sich für Belange der Hartz-IV-EmpfängerInnen in Brandenburg einsetzt.“

SEBASTIAN WALTER
FRAKTIONSVORSITZENDER IM LANDTAG
DIE LINKE.BRANDENBURG

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Martina Trauth, Roland Gehrmann** Vorsitzende, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **H. Jo. Eggstein, Lay-out, Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG.

Demokratischer Sozialismus – das Ziel

Von der 3. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE.Brandenburg berichtet



Am 14. Dezember traf sich die Brandenburger LINKE zur 3. Tagung des 6. Landesparteitages im Potsdamer Seminaris Hotel, um über die Ursachen und Folgen des Landtagswahlergebnisses 2019 zu beraten. Mit 10,7 Prozent hatten die Sozialist*innen am 1. September ihr historisch schlechtestes Ergebnis eingefahren. Aufgrund der hohen Verluste der LINKEN, aber auch der SPD verlor die Rot-Rote Koalition nach 10 Jahren ihre Mehrheit im Landtag. Die Verhandlungen um ein Dreierbündnis aus SPD, LINKEN und Grünen verliefen nicht erfolgreich, sodass mit der Regierungsbildung unter Beteiligung der CDU in der sogenannten Kenia-Koalition DIE LINKE nun als Opposition im Brandenburger Landtag agieren wird. Die zehnköpfige Landtagsfraktion wird von Sebastian Walter und Kathrin Dannenberg geführt, welche auf den ersten Sitzungen des neuen Landtages anschaulich unter Beweis stellten, dass DIE LINKE die relevante Opposition gegen die neue Landesregierung sein wird. Im Parlament ge-

genüber sitzt mit 23 Abgeordneten eine erschreckend große Fraktion der rechtsradikalen AfD. In der fast vierstündigen Generaldebatte auf dem Landesparteitag betonten viele Redner*innen,

dass der demokratische Sozialismus als das Ziel der LINKEN im vergangenen Jahrzehnt zu häufig aus dem Blick geraten war. Der systemoppositionelle Charakter der LINKEN sei nicht mehr erkennbar gewesen. Zudem hätten schwierige Kompromisse mit dem ehemaligen Koalitionspartner und falsche Prioritätensetzungen dazu geführt, dass die LINKE nicht mehr als die Kraft wahrgenommen wurde, welche Wege aus dem Kapitalismus aufzeigte. Vielfach war die Rede davon, dass wir Frieden und die Eigentumsfrage wieder ganz konkret in das Zentrum linker Politik rücken müssen. Demnach werden sich die Sozialist*innen verstärkt der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt widmen. Hier gilt, dass das Grundrecht auf Wohnen nicht durch Spekulationen und Gewinnabschöpfung privater Investoren ad absurdum geführt werden darf. Wohnen muss bezahlbar bleiben und wenn es nötig ist, muss man hierzu Änderungen der Eigentumsverhältnisse vornehmen. Auch die Debatte um den Prozess der wei-

teren Neuaufstellung der Brandenburger LINKEN wurde thematisiert. Der Landesparteitag war damit ein erster Schritt auf dem Weg zum Wiederaufbau der Brandenburger LINKEN als oppositionelle Kraft. Im Februar 2020 wird auf der 1. Tagung des 7. Landesparteitages der neue Landesvorstand gewählt, welcher diesen Prozess weiterführen und intensivieren wird.

ROLAND GEHRMANN
KREISVORSITZENDER
DIE LINKE. POTSDAM



Parteivorsitzende DIE
LINKE.Brandenburg Anja Mayer



Fraktionsvorsitzender DIE
LINKE.Brandenburg im Landtag
Sebastian Walter

Horst Jäkel mit Menschenrechtspreis geehrt



Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V. (GBM) wurde am 3. Mai 1991 in Berlin gegründet. Seit dem 10. Dezember 1992 ist der Verein im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg eingetragen. Die Mitglieder der GBM wollen einen wirksamen Beitrag zur Förderung und zum Schutz der Grund- und Menschenrechte sowie zum Schutz der Menschenwürde leisten. Sie fördern humanistische und demokratische Entwicklungen in der Gesellschaft sowie das friedliche Zusammenleben der Menschen und Völker in der Welt. Sie fühlen sich in Worten und Taten der Pflege und Förderung antifaschistischer Traditionen verpflichtet. Bürger, die sich in besonderer Weise für dieses Ziele einsetzen, werden seit 1996 mit dem von der GBM gestifteten Menschenrechtspreis geehrt, der jährlich zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember verliehen wird. In den zurückliegenden Jahren erhielten diese Auszeichnung u. a. solche Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland wie Dr. Fidel Castro (Kuba), Professorin Angela Davis (USA), Prof. Willi Sittte und Prof. Walter Womacka, Prof. Dr. Heinrich Fink und Dr. Hans Modrow. Den Menschenrechtspreis 2019 erhielten der ehemalige Pfarrer und Autor aus Weimar, Peter Franz, und der Potsdamer LINKE Horst Jäkel.

Foto: Rudi Denner

Rückblick Lesung: "Kurdistan... Von Anfang an!"

von und mit Matthias Hofmann

Anfang Dezember war der Berliner Autor Matthias Hofmann auf Einladung der LINKEN Landtagsabgeordneten ISABELLE VANDRE zu Gast im Potsdamer „freiland“. Im Rahmen einer Lesung aus seinem Buch "Kurdistan... von Anfang an" gab er einen Überblick über die kurdische Kulturgeschichte und die Hintergründe der aktuellen kriegerischen Auseinandersetzungen an der türkisch-syrischen Grenze. Nach anfänglichem Aufschrei über den türkischen Angriff auf kurdische Gebiete in Nord-Syrien, ist die Situation der Kurdinnen und Kurden in den vergangenen Wochen immer weiter aus der Öffentlichkeit verschwunden. Erdogans Kampf gegen die Kurd_innen geht jedoch weiter. Tausende Menschen sind auf der Flucht, Unzählige wurden verletzt oder getötet.

Der Krieg gegen die Kurd_innen muss dringend beendet werden! Isabelle Vandré: "Matthias Hofmann habe ich eingeladen, um über eine kulturgeschichtliche Perspektive ein stärkeres Verständnis der aktuellen Lage zu entwickeln und darüber zu diskutieren, wie wir uns solidarisch mit Kurd_innen zeigen können. Es gibt beispielsweise viele Projekte, die humanitäre Unterstützung organisieren. So u.a. die Internationale Soforthilfe e.V. mit der mein Fraktionskollege Andreas Büttner Spenden für Medikamententransporte sammelt."

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass häufig nicht nur historische Hintergründe, sondern auch die Perspektive der Kurd_innen in der Konfliktbeurteilung fehlen.



Kalenderblätter Januar

1730

Potsdam ist wie eine Hauptstadt

In einer Kabinettsordre Friedrich Wilhelm I. vom 10. Januar heißt es: „Potsdam ist nunmehr keine kleine Stadt, sondern unter die Hauptstädte mitzuzurechnen.“

1845

Pestalozzi-Ehrungen

Im Zuge der Pestalozzi-Ehrungen in Deutschland findet am 11. Januar in Potsdam die Pestalozzi-Feier statt. Wilhelm v. Türk ist Ehrengast und leitet die Aufstellung eines Ölgemäldes mit dem Porträt von Pestalozzi.

1890

Beschluss zum 1. Mai

Die Potsdamer Töpfer beschließen am 15. Januar auf einer Versammlung, den 1. Mai 1890 als Feiertag zu begehren.

1900

Rathaus Babelsberg wird eingeweiht

Am 19. Januar um 18.00 Uhr findet die Einweihung des Rathauses Babelsberg in Anwesenheit des Landrats des Kreises Teltow, Ernst v. Stubenrauch statt. Die Potsdamer Tageszeitung vom 19. 01. 1900: „Die Einweihung des neu erbauten Gemeinde-Rathauses wird am Freitag, den 19. d. Mts., Nachmittags um 6 Uhr stattfinden und haben sich die Festteilnehmer um 5 $\frac{3}{4}$ Uhr schwarz gekleidet im Sitzungssaal einzufinden...“; Der Gemeindevorsteher Winkelmann unterstreicht in seiner Rede, daß „...während des ganzen Baus nicht ein einziger Unfall vorgekommen ist, der von Bedeutung wäre...“

1935

Erweiterter Volksküchenbetrieb in Nowawes

In Nowawes beginnt am 14. Januar der erweiterte Volksküchenbetrieb. Es werden täglich 1.000 Essenportionen an Bedürftige in Nowawes, Drewitz, Stahnsdorf, Großbeeren und Neubabelsberg ausgegeben. Dazu werden 2 1/2 Zentner Fleisch und 20 Zentner

Kartoffeln benötigt. Um den Ansprüchen zu genügen, wird in der Volksküche in der Priesterstraße (heute Karl-Liebnecht-Straße) neben den zwei vorhandenen Kesseln (180 und 250 Liter) ein neuer 800-Liter-Kessel eingebaut.

1945

Graf von Moltke hingerichtet

Der antifaschistische Widerstandskämpfer Helmuth James Graf von Moltke wird am 23. Januar hingerichtet. Am 11. 01. 1945 schreibt er an seine Frau: „...Freisler sagte zu mir in einer seiner Tiraden: „Nur in einem sind das Christentum und wir gleich: Wir fordern den ganzen Menschen!“ Ich weiß nicht, ob die Umsitzenden das alles mitbekommen haben, denn es war eine Art Dialog – ein geistiger zwischen F. und mir, denn Worte konnte ich nicht viel machen -, bei dem wir beide uns durch und durch erkannten. Von der ganzen Bande hat nur Freisler mich erkannt, und von der ganzen Bande ist auch er der einzige, der weiß, weswegen er mich umbringen muß...“

1950

Tucholsky geehrt

Am 60. Geburtstag Kurt Tucholskys, am 9. Januar, versammeln sich Potsdamer Literaturfreunde im Kulturbundhaus, Mangerstraße. Der Schriftsteller Georg Palmowsky würdigt in seiner Festansprache „...nicht den Satiriker und geistreichen Spötter..., sondern ließ den zutiefst doch einsamen Menschen Tucholsky uns erstehen, der nur der Stimme seines Gewissens folgte und ein ebenso gütiger wie verlässlicher Mensch war.“ (MV, 11. 01. 1950). Gelesen wird aus dem von Erich Kästner zusammengestellten Gedächtnisband „Gruß nach vorn“.

1960

Erste LPG gegründet

Die Dorfgewerkschaftsleitung Grube beschließt am 29. Januar den „Plan zur sozialistischen Umgestaltung des Dorfes“. Damit wird u.a. das Ziel verfolgt, 1960 eine LPG Typ I zu bilden. Um das Ziel zu erreichen, werden mit den Einzelbauern persönliche Gespräche geführt, die politische Arbeit mit den Landarbeitern verbessert und der „Wettbewerb um das schönste sozialistische Dorf“ geführt werden.

Solidarität mit der VVN-BdA

Am Sonntag, 27. Januar 2020, jährt sich die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz zum 75. Mal. In vielen Ländern der Erde wird am 27. Januar an den Massenmord der Nazis erinnert. Er wird bereits seit 1959 in Israel als Gedenktag begangen, in Deutschland ist er seit 1996 Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, die Vereinten Nationen erklärten ihn 2005 zum „Internationalen Holocaust-Gedenktag“. Der Gedenktag erinnert am Jahrestag der Befreiung des KZ an alle durch die Nazis verfolgten und ermordeten Menschen.

Von Überlebenden der Konzentrationslager und Gefängnisse 1947 gegründet, ist die VVN-BdA die größte, älteste, überparteiliche und überkonfessionelle Organisation von Antifaschistinnen und Antifaschisten Deutschlands. Sie vertritt die Interessen von Verfolgten und Widerstandskämpfern, sowie deren Nachkommen, tritt für Frieden und Völkerverständigung ein und hat gegen große



Erinnerungsort Auschwitz – Mahnung an die Zukunft

gesellschaftliche Widerstände wesentlich dafür gesorgt, dass die Verbrechen des Nazi-Regimes nicht in Vergessenheit geraten sind, u.a. durch den Einsatz für die Errichtung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten sowie vielfache Zeitzeugenarbeit. Sie informiert über aktuelle neofaschisti-

sche Umtriebe und organisiert den Widerstand in breiten Bündnissen. Völlig unverständlich ist auch daher die Entscheidung des Finanzamtes für Körperschaften I des Landes Berlin vom 4. November 2019 der Bundesvereinigung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der

Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V. die Gemeinnützigkeit zu entziehen.

Dagegen regt sich in der demokratischen Öffentlichkeit energischer Protest. Auch der Parteivorstand der LINKEN hat sich mit der antifaschistischen Organisation solidarisch erklärt, ebenso die Landesverbände und viele Zusammenschlüsse, etwa die Ständige Kulturpolitische Konferenz, die am vergangenen Wochenende tagte. Der Parteivorstand ruft die Mitglieder der LINKEN auf, die VVN-BdA durch eine Mitgliedschaft politisch und materiell zu unterstützen. Gleichzeitig hatte der Parteivorstand aufgerufen unter <https://www.openpetition.de/petition/online/die-vvn-bda-muss-gemeinnuetzig-bleiben> eine Petition zu unterschreiben.

BERND MARTIN

Was will der OB im Kuratorium Garnisonkirche?

Auf Druck der Linksfraktion verband die Landeshauptstadt 2008 ihren Beitritt zur Stiftung Garnisonkirche mit der Bedingung, dass

- eine finanzielle Beteiligung der Stadt ausgeschlossen ist,
- das Kirchenschiff einer gesonderten Beschlussfassung bedarf,
- der Wiederaufbau mit dem Konzept einer aktiven Friedens- und Versöhnungsarbeit in der weltweiten Nagelkreuzbewegung zu verbinden ist,
- das Gedenken an die Opfer des 20. Juli 1944 mit dem Gedenken an den von von Potsdam ausgehenden Widerstand gegen die NS-Diktatur verbunden und
- der mit dem Bau verbundene Eingriff in den Straßenraum möglichst gering gehalten werden soll.

Diese Bedingungen waren auch Vorgaben für den Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt im Kuratorium.

Das 2015 erfolgreich durchgeführte Bürgerbegehren verpflichtete den Oberbürgermeister, sich für die Auflösung der Stiftung einzusetzen. Sein entsprechender Antrag im Kuratorium wurde mehr-



Historische Abbildung der Garnisonkirche - Foto: Bundesarchiv

heitlich abgelehnt. Erfolglos blieb auch der Versuch eines breiten Bürgerdialogs zu diesem umstrittenen Vorhaben.

Der neue OB ließ bisher den Sitz im Kuratorium ruhen, versucht aber jetzt, mit einer Beschlussvorlage eine Grundlage für die Vertretung der Stadt im Kuratorium zu schaffen. Im Kern geht es dabei um seinen überraschenden Vorschlag, das Kirchenschiff mit der Idee von einem internationalen Jugendbegegnungszentrum zu verbinden. Dazu soll im Januar eine Anhörung im Hauptausschuss mit Interessenvertretern aus den verschiedenen Lagern durchgeführt werden. Dabei bleibt das Problem, ob es klug ist, das Kirchenschiff zu einem Thema der aktuellen Stadtpolitik zu machen, nachdem die Stadt in dieser Frage bisher großen Abstand signalisiert hatte. Nachdem wir die vom OB vorgesehene Beschneidung des Fragerechts der Stadtverordneten verhindern konnten, wollen wir die Anhörung für eine gründliche Prüfung nutzen.

DR. HANS-JÜRGEN SCHARFENBERG

Kreativquartier: Auswahlgremium entscheidet sich für „Glockenweiß“

Nach einem langen Prozess zur zukünftigen Gestaltung des Baugrundstückes Langer Stall/ ehemalige Feuerwehr in der Potsdamer Stadtmitte und einer öffentlichen Ausschreibung, trat das Auswahlgremium Kreativquartier am 14. 11. unter Beteiligung der in der SVV vertretenen Fraktionen zusammen, um sich für einen der drei vorliegenden Entwürfe zu entscheiden. Die Auswahl fiel auf das „Villagekonzept“ des Berliner Architektenbüros „Glockenweiß“. Ihr Vorschlag zeichnet sich vor allem durch unterschiedliche Gebäudestrukturen und verwinkelte Gassen aus, die durch das Quartier führen. Auf 18.400 qm Geschossfläche sollen Kunstschaffende Raum für Kreativität finden und Woh-

nungen sowie Gewerberäume entstehen.

Nichtsdestotrotz stehen eine Reihe politischer und konkreter Entscheidungen in der Umsetzung des Kreativquartiers noch aus. Das Grundstück, auf dem das Quartier entstehen soll ist eines der letzten kommunalen Baugrundstücke in der Potsdamer Innenstadt. Dies zu verkaufen lehnen wir als LINKE ab – nicht, weil wir den Bedarf nach mehr Räumen für Kunstschaffende anzweifeln. Wir wollen, dass das Kreativquartier auf Dauer durch Kreative und Künstler_innen genutzt werden kann und zwar zu möglichst geringen Mieten. Dies können wir jedoch nur absichern, wenn das Grundstück in kom-

munaler Hand bleibt. Deswegen wollen wir das Grundstück mit Erbbau-pacht halten. Wesentlich ist für uns zudem, dass der Kunst – und Kreativszene die größtmögliche Gestaltungsfreiheit gegeben werden muss. Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass das Mosaik in seiner vom Künstler intendierten Form beibehalten wird und das Rechenzentrum erhalten bleibt. Wir sind der festen Überzeugung, dass Rechenzentrum und Kreativquartier sich gut ergänzen würden.

ISABELLE VANDRE
STADTVERORDNETE DIE LINKE

Potsdam-Museum führt kostenlosen Eintritt weiter und braucht Depot



Der von der Linksfraktion durch die ehemalige Kulturausschussvorsitzende Karin Schröter vorgeschlagene freie Eintritt in die Dauerausstellung des Potsdam-Museums hat sich bewährt. Die

klaren Fortschritt für eine Erweiterung der Depotkapazität gibt. Der von der Linksfraktion vor längerem gemachte Vorstoß für ein neues Depot für das Museum und die Bibliothek war auf Vor-

schlag der Verwaltung in den ehrgeizigen Plan für ein Zentraldepot der Stadt umgewandelt worden. Dieses Mammutprojekt kommt jedoch nicht so richtig voran. So fehlt immer noch ein Gesamtplan, der jetzt erneut um mindestens ein Jahr verschoben worden ist. Damit stellt sich erneut die Frage, ob ein Depot nur für Museum und Bibliothek nicht doch die bessere Lösung gewesen wäre. Wir werden diese Frage in jedem Fall im Zusammenhang mit der bevorstehenden Haushaltsdiskussion stellen.

DR. HANS-JÜRGEN SCHARFENBERG
STADTVERORDNETER DIE LINKE

Drohendes Verkehrschaos um Krampnitz herum?

*Krampnitz soll die Chance für deutliche Verbesserungen der verkehrlichen Erschließung im gesamten Potsdamer Norden sein. Beim Krampnitz-Forum am 3.12 drängte sich aber der Eindruck auf, dass zuvor min. 10 Jahre Chaos drohen – mit ungewissem Ausgang. Ich hatte mir mehr erhofft, doch die Präsentationen brachten wenig Neues, außer dass die Tram jetzt erst 2029 angepeilt wird – wohl getriggert nur bis Krampnitz. Bis dahin soll es einen Busvorlaufverkehr geben, der die vorhandenen Ortsteile teilweise schlechter als aktuell anbindet. Ein paar genauere Routen für die Tram und den Radschnellweg wurden präsentiert, doch ist keines der bestehenden Risiken (z. B. Eigentumsverhältnisse, Landschaftsschutzgebiet) inzwischen aus dem Weg geräumt. Dafür muss das einspurige neue Tramstück an der Roten Kaserne für Bundesfördermittel zweispurig werden. Auch beim Bahnhof Marquardt nebst Anbindung gibt es keine deutliche Beschleunigung. Die berechneten Autoverkehrsströme erscheinen ziemlich niedrig und weisen trotzdem bereits katastrophale Belastungswerte auf. Fazit der Verwaltung: Es geht nur mit Verlagerung auf ÖPNV und Rad sowie der Vermeidung von Wegen. Die gewollte Maximierung des Binnenverkehrs in Krampnitz zur Vermeidung von Wegen hängt aber nach wie vor an der (fehlenden) Finanzierung von Stadtteilbibliothek, -musikschule, Schwimmhalle, Freibad, Veranstaltungsräumen etc. vor Ort. Die weiterführende Schule wird zeitnah auch nicht kommen – dabei ist der Schüler*innenverkehr im Norden bereits heute nahezu überlastet. Nicht zuletzt fand nach wie vor keine umfassende Aktualisierung des Verkehrsmodells von 2015 (für 3.800 statt 10.000 Menschen) statt. Fazit: Es bleibt noch viel zu tun und wir werden die Entwicklung in Krampnitz weiterhin kritisch begleiten.*

TINA LANGE
STADTVERORDNETE FÜR DIE LINKE UND FORUMSMITGLIED

LINKE fordert Bildungsaktionsplan

Zu Medienberichten, wonach sich die Fehlstunden durch Krankschreibungen von Lehrern in Brandenburg auf sieben Prozent erhöht haben, erklärt die bildungspolitische Sprecherin und Fraktionsvorsitzende KATHRIN DANNENBERG: „DIE LINKE hat immer gefordert, mehr Lehrkräfte einzustellen. Als LINKE in der Regierung haben wir deshalb darauf gedrängt, die Kapazitäten der Lehrkräfteausbildung aufzustoßen. 2020 werden 1.000 Lehramtskandidatinnen in Brandenburg ihr Studium aufnehmen, statt wie bisher 650. Das ist auch ein Ergebnis unserer Arbeit. Aber es wird nicht ausreichen. Wir müssen die Lehrkräfte von nichtpädagogischen Aufgaben entlasten, Seiteneinsteiger*innen besser qualifizieren, für ein praktisches Gesundheitsmanagement sorgen und multiprofessionelle Teams an den Schulen etablieren. DIE LINKE fordert jetzt dringend einen Aktionsplan des Bildungsministeriums zur Absicherung von gutem Unterricht in allen Schulen und in allen Regionen Brandenburgs.“

Hasskriminalität darf nicht zur Gefahr für Demokratie und Meinungsfreiheit werden

Im Zusammenhang mit dem 5. Aktionstag des Bundeskriminalamtes im November 2019 gegen Hasspostings erklärte der Fraktionsvorsitzende SEBASTIAN WALTER: „Hasskriminalität im Internet ist längst kein Kavaliersdelikt mehr. Allein 2018 wurden 1962 Fälle polizeilich erfasst (Quelle BKA). Bedrohungen, Nötigungen und Volksverhetzung finden sich in letzter Zeit auch in Mails an fünf Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE. So bekam ein Abgeordneter im Zusammenhang mit dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke eine Mail mit dem Satz: „Du sitzt mit Deiner Familie sicher auch bald wieder im Garten. Pass dann besser auf.“ Jahrelang haben die Behörden im Bereich Hasskriminalität wenig getan. Deshalb ist die jetzt geplante Zentralstelle für Hasskriminalität im Netz ein längst überfälliger Schritt... Wir lassen uns ... nicht einschüchtern, sondern werden immer wieder mit „offenem Visier“ gegen Rechtsextremismus und Nationalismus ankämpfen.“

Verlässlichen Schutz bieten

Flagge mit der Aufschrift "Frei leben – ohne Gewalt" der Organisation Terre des Femmes vor dem Lothar-Bisky-Haus in Potsdam



Kathrin Dannenberg, Sebastian Walter, Anja Mayer und Diana Golze hissen gemeinsam die Flagge der Organisation Terre des Femmes mit der Aufschrift: "Frei leben – ohne Gewalt"

Zum "Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, am 25. November 2019, erklären die Landesvorsitzenden der LINKEN Brandenburg, Diana Golze und Anja Mayer: "Es ist schlimm genug, dass ein solcher Tag überhaupt notwendig ist, der auf ein Problem aufmerksam macht, das es eigentlich nicht geben sollte. Noch immer sind auch in Brandenburg Frauen und Mädchen Opfer von Gewalt – über 3.100 Fälle körperlicher Gewalt, sexueller Nötigung oder Bedrohung sind allein im vergangenen Jahr für Brandenburg dokumentiert – und noch immer schaut die Gesellschaft allzu häufig weg. Meist kommen die Täter aus dem unmittelbaren Umfeld und verursachen durch ihre Nähe zu den Betroffenen einen besonders hohen Leidensdruck auch über die Tat hinaus", so Diana Golze.

"Deshalb braucht es ein verlässlich und dauerhaft finanziertes Netz von Schutz- und Beratungseinrichtungen und insbesondere Frauenhäusern. Dass deren Existenz noch immer von kom-

munalen Haushaltslagen, Spenden und von Bundesland zu Bundesland schwankenden Landesmitteln abhängig ist, ist nicht hinnehmbar. Seit Jahren fordert DIE LINKE den Bund auf, seiner Verantwortung gerecht zu werden. Die nun angekündigten Mittel für bauliche Investitionen sind aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Brandenburg hat in den vergangenen Jahren die finanziellen Mittel deutlich erhöht sowie die personelle Unterstützung verbessert. Ein Landesgesetz, das die einheitliche, stabile und bedarfsgerechte Finanzierung dieser Angebote sicherstellt, ist nun der notwendige nächste Schritt und muss schleunigst beschlossen werden", forderte Anja Mayer.

Aus Anlass des Tages hisste auch DIE LINKE Brandenburg am 25. November 2019 die Fahne der internationalen Organisation "Terre des Femmes", die sich weltweit gegen Gewalt an Frauen engagiert.

Diskussion und Positionsbestimmung

Die Landesarbeitsgemeinschaft LINKE UnternehmerInnen der LINKEN Brandenburg führte am Freitag, 15. November 2019 im Lothar-Bisky-Haus in Potsdam ihre Mitgliederversammlung durch. Schwerpunkt der Diskussion war die Notwendigkeit der LAG und ihre Aufgabe in der Partei. Mit einem einstimmigen Beschluss haben die TeilnehmerInnen für ein stärkeres Mitwirken in der Partei gestimmt. Nicht wenige Parteimitglieder der LINKEN sind Freiberufler, Gewerbetreibende oder andere Unternehmer. Auch wenn kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) schon jetzt in der LINKEN einen guten politischen Partner finden, sollen die Bedürfnisse und

Interessen dieser Gruppe eine wirksame Stimme in unserer Partei haben. Deshalb haben sich linke Unternehmer zur Landesarbeitsgemeinschaft LINKE UnternehmerInnen Brandenburg (LAG LiU) zusammengeschlossen. Innerhalb der Partei will die LAG LiU aktuelle Politik mitgestalten und sie beteiligt sich an der Programmdiskussion. Nach außen zeigt die LAG LiU auf kommunaler und Landesebene durch Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Kontakte zu Verbänden u. a., dass DIE LINKE auch für KMU die besseren politischen Konzepte hat. Neben politischer Diskussion und Positionsbestimmung wird die LAG LiU genutzt um Netzwerke aufzubauen und zu pflegen. Die



Sprecherin Birgit Müller und der Sprecher Wolfgang Ackermann wurden im Amt bestätigt. Des Weiteren wählten wir unsere Delegierten für den 7. Landesparteitag.

WOLFGANG ACKERMANN

Gemeinsamer Spendenaufruf von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam

Die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, DIE ANDERE und der Stadtverordnete Frehse rufen gemeinsam mit dem Oberbürgermeister alle Potsdamerinnen und Potsdamer auf, sich an der Spendenaktion zur Ersteigerung eines weiteren Seenotrettungsschiffs, das Flüchtlinge aus dem Mittelmeer retten soll, zu beteiligen. Das Schiff des Helmholtz-Zentrums für Ozeanforschung „Geomar“ soll in einem Bieterverfahren am 30. Januar 2020 versteigert werden. Ob das Bündnis den Zuschlag erhält, hängt davon

ab, ob bis dahin die rund eine Million Euro in Form von Spenden aufgebracht werden. Wenn das gelingt, könnte das Schiff Ostern 2020 in den Einsatz starten. Die Eignerin des Schiffes soll die Seenotrettungsorganisation "Sea-Watch" werden. Den Spendenaufruf initiiert haben die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) gemeinsam mit dem Bündnis "United 4 Rescue", mit Kommunen, Vereinen und Initiativen. Das Bündnis kritisiert die Kriminalisierung der Seenotrettung und fordert faire Asylverfah-

ren. Der Trägerverein wurde Mitte November 2019 gegründet. Als Mitglied des bundesweiten Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ und dessen Koordinierungsstelle steht es der Landeshauptstadt Potsdam gut zu Gesicht, dieses Vorhaben zu unterstützen. Unter dem Hashtag #Wirschickenein-Schiff werden Spenden auch online gesammelt. Das Spendenkonto: IBAN DE93 1006 1006 1111 1111 93 bei der KD Bank Duisburg, BIC: GENODE33KDB.

Besuch bei Norbert Müller im Deutschen Bundestag



Foto: Bundesregierung / Stadt | Land | Mensch - FOTOGRAFIE

Den Nikolausmorgen durfte die Besucher*innengruppe auf der diesjährigen Fahrt des Bundespresseamtes vom 5. auf den 6. Dezember in Berlin erleben. Ein umfangreiches Programm rund um das politische Berlin bot sich den Teilnehmenden mit dem Besuch des Paul-Löbe-Hauses, in welchem die Ausschüsse des Deutschen Bundestag arbeiten und wo es ein interessantes Gespräch mit unserem Bundestagsabgeordneten Norbert Müller gab. Im Anschluss wurde die Gruppe durch die unterirdischen

Gänge zum Reichstag geleitet, um dort den Aufstieg zur Reichstagskuppel anzutreten. Und selbst das Wetter spielte mit, bot dank strahlend blauem Himmel einen wunderbaren Blick über die Hauptstadt.

Das inhaltlich vielfältige Programm führte die Gruppe durch die Ausstellung „Die Topographie des Terrors“, welche sich der Dokumentation und Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Deutschland widmet. Gegen Abend besuchten wir die parlamentshistorische

Ausstellung „Wege – Irrwege – Umwege“ zur Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland im Deutschen Dom am Berliner Gendarmenmarkt, welcher in der Adventszeit für seinen schönen Weihnachtsmarkt bekannt ist.

Am Freitag stand selbstverständlich auch der Besuch des Karl-Liebknecht-Hauses auf dem Plan, welches heute die Bundesgeschäftsstelle der LINKEN beheimatet. Am Rosa-Luxemburg-Platz gelegen und in Sichtweite zur Volksbühne konnten die Teilnehmer*innen in die bewegte Geschichte der ehemaligen Zentrale der Kommunistischen Partei eintauchen. Den Abschluss bildete der Besuch des sehr gelungenen Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin Schöneeweide. In diesem Zentrum wird die vielfältige Geschichte der Millionen Zwangsarbeiter*innen bis 1945 und die Funktion der Zwangsarbeit als zentraler Pfeiler der Ökonomie des Nationalsozialismus ausgezeichnet aufgearbeitet.

Wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundespresseamtes für die gelungene Fahrt.

ROLAND GEHRMANN

Keine Vergleichsverhandlungen mit dem Hause Hohenzollern

Zu den jüngsten Veröffentlichungen u.a. des „Neo Magazin Royal“ betreffend der Forderungen des Hauses Hohenzollern, erklärt die rechtspolitische Sprecherin MARLEN BLOCK: „Die Forderungen des Adelshauses sind geschichtsvergessen und unberechtigt. Deshalb wäre eine Klagerücknahme durch das Haus Hohenzollern ein erstes Zeichen der Einsicht in die eigene historische Verantwortung und schon deshalb dringend anzuraten. Wenn die Bundesregierung tatsächlich mit den Hohenzollern über eine Herausgabe von Kunst- und Wertgegenständen aus öffentlichen Museen und Stiftungen und sogar über ein gefordertes Wohnrecht in durch Steuergelder sanierte Brandenburger Schlösser verhandelt, ist das ein Skandal. Brandenburg hat sich unter dem Finanzminister der LINKEN, Christian Görke, bisher gegen solche Geheimverhandlungen und für einen Fortgang des Gerichtsverfahrens eingesetzt. Auch die künftige rot-schwarz-grüne Regierung täte gut daran, sich nicht auf Vergleichsverhandlungen einzulassen. Die bislang schon tausendfach geleisteten Unterschriften von Brandenburger*innen für die Volksinitiative „Keine Geschenke den Hohenzollern“ und die mediale Aufmerksamkeit zeigen, dass die Bürger*innen das Handeln der Landesregierung auch künftig genau prüfen werden. Dafür ist größtmögliche Transparenz herzustellen und keine nicht-öffentlichen Vergleichsverhandlungen zuzulassen.“

Sollte es Herrn Georg Friedrich von Hohenzollern tatsächlich um eine Wahrung des Ansehens des Hauses Hohenzollern gehen, wäre spätestens jetzt der Zeitpunkt, seine Klage gegen das Land Brandenburg zurückzunehmen. Gerade in Zeiten zunehmender Abkehr von demokratischen Prozessen, „Fake“ news und eines erneuten Rechtsrucks in der Gesellschaft, darf sich auch das Haus Hohenzollern seiner historischen Verantwortung nicht entziehen, sondern sollte offen damit umzugehen und sich seiner Verantwortung für gesellschaftliche Entwicklungen zu stellen.“

Neue Stolpersteine wurden verlegt

Am Freitag, 6. Dezember 2019, wurden in der Landeshauptstadt neue Stolpersteine durch den Kölner Künstler Gunter Demnig verlegt. Die neuen Gedenktafeln sollen an Fritz Hirschfeld, Dr. Paul Elkan Bernhardt, Hugo Baron, Käthe Alexander-Katz sowie Käthe und Paul Otto Meyerstein erinnern. Mit deren Geschichte haben sich die Schüler des Humboldt-Gymnasiums, des Bertha-von-Suttner-Gymnasiums und der Montessori-Oberschule beschäftigt. Schülerinnen und Schüler des Humboldt-Gymnasiums unter Leitung ihrer Lehrerin Ulrike Boni-Jacobi haben intensiv zu Fritz Hirschfeld und Käthe Alexander-Katz recherchiert. Fritz Hirschfeld hatte von 1927 bis 1933 den Vorsitz des Potsdamer Amtsgerichts inne und gehörte zu den angesehensten Juristen der Stadt. Aufgrund seiner jüdischen Herkunft wurde er von den Nationalsozialisten verfolgt und ermordet. Käthe Alexander-Katz wohnte in den 1930er-Jahren im Haus von Fritz Hirschfeld und pflegte dessen schwerkranke Ehefrau. Die Katholikin jüdischer Herkunft wurde in Auschwitz ermordet. In der Griebnitzstraße 8 fanden Stolpersteine für Fritz Hirschfeld und Käthe Alexander-Katz ihren Platz. Mit den Lebensgeschichten von Dr. Paul Elkan Bernhardt und Hugo Baron beschäftigten sich Schülerinnen und



Stolperstein für Dr. Gustav Herzfeld (2017)

Foto: Stefan Schulz

Schüler des Bertha-von-Suttner-Gymnasiums mit ihrer Lehrerin Raika Seipold. Dr. Bernhardt lebte in der heutigen Ludwig-Richter-Straße und war als Nervenarzt tätig. 1942 nahm er sich vermutlich das Leben, um einer drohenden Deportation zu entgehen. Für ihn wurde an seinem ehemaligen Wohnort in der Ludwig-Richter-Straße 15 ein Stolperstein verlegt.

Hugo Baron lebte seit 1898 in Potsdam und betrieb ein Geschäft für Herren- und Jungenausstattung, unter anderem in der Lindenstraße 15. Als langjähriges Mitglied der jüdischen Gemeinde wurde auch er diskriminiert, verfolgt und ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Dort starb er am 2. Dezem-

ber 1942. Für ihn kam in der Lindenstraße 15 ein Stolperstein hinzu.

Schülerinnen und Schüler der Montessori-Oberschule Potsdam unter Leitung von Martina Oestreich erforschten das Leben von Paul Otto und Käthe Meyerstein. Das Ehepaar lebte mit seinen beiden Söhnen in Neu Fahrland. Während den Söhnen die Flucht in die USA glückte, gelang den Eltern die Emigration nicht. Beide wurden 1942 ins Ghetto von Riga deportiert. Paul Otto Meyerstein verstarb dort; seine Frau Käthe wurde nach Auschwitz gebracht, wo sie ermordet wurde. Die Stolpersteinverlegung fand in Neu Fahrland statt.

Viele Gründe zum Feiern – auch im neuen Jahr

Neujahr - in Deutschland der erste gesetzliche Feiertag im beginnenden Jahr und, je nach Art und Umfang der vorangegangenen Silvesterfeier, sicher von der Mehrheit als Erholungstag begrüßt. Daher dient er in erster Linie zum Ausschlafen, Ausruhen und vielleicht zu einem Spaziergang. Ebenso bietet er Gelegenheit, nach einem Katerfrühstück den Weihnachtsbaum aus der guten Stube zu entsorgen und am Abend die Reste des Vortages zu verspeisen. Undn letztlich kann über neue Ziele, Vorhaben etc. nachgedacht, vielleicht sogar etwas geplant werden.

„Man muss die Feste feiern wie sie fallen“, sagt ein altes geflügeltes Wort. Nachdem 2019 vor allem in den Medien sehr reichlich der 30. Jahrestag des Mauerfalls gefeiert wurde, steht im neuen Jahr als Dauerbrenner der 30. Jahrestag der „Wiedervereinigung“ auf dem Tapet. Und da gib's etwas Besonderes: Da Brandenburg im November 2019 für ein Jahr die Präsidentschaft im Bundesrat übernommen hat, richtet das Land im Oktober 2020 die zentrale Feier zum Tag



Das Hauptterminal vom BER ist schon zu sehen... Foto:dpa.com

der Deutschen Einheit aus. Der Einheitstag wird unter dem Motto "Wir miteinander" am ersten Oktoberwochenende 2020 in Potsdam gefeiert. Dann sollen sich unter anderem die Bundesländer und die polnischen Partnerregionen Brandenburgs auf einer Festmeile in der Innenstadt präsentieren. Logisch, dass das Ganze auch ganz heftig kosten wird. Allein für das zweitägige Bürgerfest

rechnet man mit Kosten in Höhe von drei Millionen Euro. Dafür werden den Angaben zufolge noch Sponsoren gesucht. Für den Festakt in der Metropolitshalle des Babelsberger Filmparks mit rund 800 Ehrengästen werden demnach weitere 700.000 Euro fällig.

Na, das geht doch noch, oder? Allein wenn man bedenkt, welche Kostensteigerung unser Jahrhundertbau-

werk, der BER, im Laufe der Jahre erfahren hat. WIKIPEDIA sagt: „Die Gesamtbaukosten für das Bauwerk wurden zu Baubeginn auf rund zwei Milliarden Euro geschätzt, 2015 waren es bereits knapp sechs Milliarden und 2018 wurden die Kosten schließlich auf 7,3 Milliarden Euro korrigiert.“ Ob das das Ende der Fahnenstange ist? Der nun bekannt gegebene BER-Eröffnungstermin für den 31. Oktober 2020 löste in Brandenburg und Berlin auch geteilte Reaktionen aus. Unser Landesvater, Ministerpräsident Woidke, gibt sich zuversichtlich. Skeptisch zeigt sich "nach jahrelangen Erfahrungen mit Terminstellungen" die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN und das Mitglied im Sonderausschuss BER, Marlen Block (Mdl). Um voreilig die mögliche Eröffnung zu feiern, sei es noch zu früh, da die Liste der zu erledigenden Aufgaben zu lang sei. Dazu gehöre die fehlende Infrastruktur. "Erst wenn das erste Flugzeug abhebt, ist das Jahrhundertwerk vollbracht", so Block. Wahrlich, wahrlich und viel Spaß dann auch. **BERND MARTIN**

„RESPEKTRENTE“? Besser wäre „Friday`s for Future“

Zum Wort des Jahres „Respektrente“ erklärt die Fraktionsvorsitzende KATHRIN DANNENBERG: „Bundesarbeitsminister Hubertus Heil freut sich über Platz 1 in der Hitliste. Die „Respektrente“ erkenne die Lebensleistung von Menschen an. Wir freuen uns darüber nicht. Es ist eher traurig, dass solch ein Begriff zum Wort des Jahres avancieren kann. ‚Friday`s for Future‘ wäre uns lieber gewesen. Ein Großteil von altersarmen Menschen wird mit der sogenannten Respektrente gerade in Brandenburg nicht er-

reicht. Immer weniger kommen auf die geforderten 35 Arbeitsjahre – auch auf Grund gebrochener Erwerbsbiografien nach der Wende. DIE LINKE fordert deshalb eine solidarische Mindestrente. Die Renten unterhalb von 1050 Euro müssen auf diesen Betrag aufgestockt werden. Das ist der Wert, der nach der EU, der Armutsdefinition entspricht. Wer weniger als 1096 Euro monatlich zur Verfügung hat, gilt als armutsgefährdet.“

Die Geschichte des Archivs

Ein kurzer Abriss: Das Archiv wurde 1994 besetzt. Der Tipp für den Standort kam damals aus der Stadtverwaltung, weil mensch dort dachte, dieser Standort ist so schön abseits und die Besetzung hält eh nicht lange. Tja... 1997 wurde das Archiv kurzfristig von der Polizei geräumt, wobei das Amtsgericht Potsdam die Räumung für unrechtmäßig erklärte. Daraufhin schloss die Stadt einen Mietvertrag mit den Nutzer*innen. Dieser lief immer nur jeweils ein Jahr. Weil mensch dachte, die halten eh nicht lange durch. Tja... 2008 prophezeite ein namentlich

nicht genannter Stadtverordneter dem Archiv, es müsste sich alsbald einen neuen Standort suchen oder am besten ganz einpacken, weil, es würde ja eh nicht lange durchhalten. Tja... Durchgehalten haben wir bis heute und das Archiv feierte als selbstbestimmter soziokultureller Standort in diesem Jahr seinen 25. Geburtstag. Damit ist es einer der ältesten Standorte in Potsdam überhaupt. Wir möchten, dass das Archiv noch viele weitere Jahre bestehen kann! Du auch? Dann unterstütze uns: <https://www.betterplace.org/.../71744-das-archiv-potsdam-brau...>

tipps & termine . tipps & termine . tipps & termine . tipps & termine . tipps & termine .

Mittwoch, 15. Januar

17.00 Uhr, Hegelallee 38, Gedenken an Karl Liebknecht. Im Anschluss Treffen in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN, Zeppelinstraße 7.

Donnerstag, 16. Januar

19 Uhr im Thalia Kino Babelsberg. Filmpremiere „Der Marktgerechte Mensch“. Rudolf-Breitscheid-Str. 50.

Freitag, 17. Januar

16.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Zeppelinstraße 7. Treffen der AG SozialGesund Potsdam

Sonabend, 18. Januar

10.00 Uhr im Landtag Brandenburg: Zu aktuellen Herausforderungen der Jugendhilfe

Sonntag, 19. Januar

11 Uhr im Lustgarten, Gedenkveranstaltung zu Ehren von Luxemburg und Liebknecht

Freitag, 24. Januar

18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Zeppelinstraße 7, „Roter Bericht aus Berlin“ mit Norbert Müller (MdB)

Freitag, 31. Januar

18.00 Uhr, Neueröffnung der Kreisgeschäftsstelle Zeppelinstraße 7, Neujahrsempfang

DER MARKTGERECHTE MENSCH
Filmpremiere
Do. 16.01.2020 um 19 Uhr

Thalia Kino
Rudolf-Breitscheid-Str. 50 Potsdam-Babelsberg

Eintritt kostenfrei
Reservierung von Karten ist im Vorfeld möglich bei tina.lange@dielleke-potsdam.de